

# Fraktionen CDU, Hagen Aktiv und FDP-Ratsgruppe

Fraktionen und Ratsgruppe, Rathausstraße 11. 58095 Hagen

An den

Vorsitzenden des Infrastruktur- und Bauausschusses

Kevin Niedergriese

- im Hause -

Hagen, 18.02.2025

## **Dringlichkeitsantrag: Sicherheit von Schulgebäuden, IBA 18.02.2025**

Sehr geehrter Herr Niedergriese,

gemäß § 16 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des 8. Nachtrages vom 20. Mai 2021 stellen wir für die Sitzung des IBA am 18.02.2025 folgenden Dringlichkeitsantrag:

### ***Antrag***

Die Verwaltung wird beauftragt schnellstmöglich die Sicherheitskonzepte in öffentlichen Schulgebäuden der Stadt Hagen zu überprüfen und nachzubessern. Dabei sollen insbesondere ein mögliches Eindringen durch unberechtigte Dritte während des Schulbetriebes in den Blick genommen werden. Die Verwaltung schlägt im Anschluss Maßnahmen zur Verbesserung der Zugangskontrolle (z.B. durch Panikschlösser) vor bzw. setzt diese direkt um.

Die Überprüfung erfolgt nach angemessener Priorisierung. Die Verwaltung berichtet dem IBA in seiner nächsten Sitzung über die geplante Durchführung der Überprüfung.

### ***Begründung der Dringlichkeit:***

Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem Vorfall an der Liselotte-Funcke-Schule in der vergangenen Woche. Der Schulausschuss hat im Anschluss intensiv über das Thema Schulsicherheit diskutiert. Vor dem Hintergrund ähnlicher Vorfälle in der Vergangenheit halten die Antragsteller eine zeitnahe Überprüfung der Sicherheitskonzepte für notwendig.

### ***Begründung:***

Der Vorfall an der Liselotte-Funcke-Schule hat erneut gezeigt, dass die Herausforderungen an die Sicherheit in öffentlichen Schulgebäuden in den letzten Jahren deutliche gestiegen sind. Beleg dafür sind regelmäßige Vorfälle, z.B. an der Fritz-Steinhoff-Gesamtschule in Helfe. Dort waren in der Vergangenheit bereits unbefugte Personen in das Schulgebäude eingedrungen und hatten Personal bedroht. Die Antragsteller halten es nunmehr für angebracht, die Sicherheit an

den Schulen und insbesondere die Konzepte zur Hinderung eines unbefugten Zugangs zu Schulgebäuden einer nachvollziehbaren Überprüfung zu unterziehen, die die gestiegenen Ansprüche berücksichtigt. Auch wenn sich Zwischenfälle nicht vollständig verhindern lassen, dürfen bei Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern keine Zweifel entstehen, dass Politik und Verwaltung dieses Thema absolut ernst nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Detlef Reinke

CDU-Fraktion

Dr. Josef Bücker

Fraktion Hagen Aktiv

Lennart Poll

FDP-Ratsgruppe